

## Niederschrift



Gremium: **9. Sitzung des Kreisausschusses**  
Sitzungsdatum: **Montag, den 26.01.2009**  
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**  
Beginn: 14:00 Uhr Ende: 16:15 Uhr

---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

**Vorsitzende / Vorsitzender:**

Martin Sailer  
Max Strehle ab 15:55 Uhr

**Mitglieder:**

Manfred Buhl  
Hans-Peter Dangel  
Ludwig Fröhlich  
Harald Güller  
Bernhard Hannemann  
Dr. Michael Higl  
Ursula Jung  
Georg Klaußner  
Albert Lettinger  
Heinz Liebert  
Bernd Müller  
Dr. Simone Strohmayer  
Mathilde Wehrle

**Vertreter:**

Jürgen Schantin Vertretung für Karl-Heinz Wagner

**Weitere Anwesende:**

Herr Wagner zu TOP 9

**Verwaltung:**

Volker Ellerkmann  
Ulrich Gerhardt  
Christine Hagen  
Stefan Natterer  
Jürgen Pabel  
Michael Püschel  
Lothar Schneider

**Schriftführerin:**

Brigitte Arlt

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

1. Mitgliedschaften des Landkreises Augsburg;  
Vorstellung und Entscheidung über Fortbestand  
Vorlage: 08/0181
2. Kreishaushalt 2009 - 3. Lesung;  
Behandlung des Verwaltungsentwurfs und Empfehlung an den Kreistag  
Vorlage: 09/0007
3. Konzept für die Botschafter des Landkreises Augsburg  
Vorlage: 09/0008
4. Schulen;  
Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung - Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben
5. Verschiedenes
6. Wünsche und Anfragen

### Nichtöffentliche Sitzung

7. Startkapital-Fonds Augsburg GmbH;  
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 30.06.2008  
Vorlage: 09/0001
8. Startkapital-Fonds Augsburg II GmbH;  
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 30.06.2008  
Vorlage: 09/0002
9. Startkapitalfonds II GmbH;  
Liquidation  
Vorlage: 09/0010
10. Nebentätigkeiten des Landrats;  
Nebentätigkeitsgenehmigung - Befreiung von der Ablieferungspflicht  
Vorlage: 09/0011
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

## Öffentliche Sitzung

<b>TOP 1</b>	<b>Mitgliedschaften des Landkreises Augsburg; Vorstellung und Entscheidung über Fortbestand Vorlage: 08/0181</b>
--------------	--

Mit beiliegender Aufstellung gibt die Landkreisverwaltung, wie zu Beginn einer Kreistagsperiode üblich, eine Übersicht aller Mitgliedschaften des Landkreises Augsburg (siehe auch Beteiligungsbericht 2007) zur Kenntnis. In alphabetischer Reihenfolge werden dabei Vereinszweck, jährlicher Mitgliedsbeitrag und die grundsätzliche Möglichkeit der Kündigung kurz beschrieben.

Der Kreisausschuss erhält damit die Möglichkeit, über den Fortbestand einzelner Mitgliedschaften neu zu befinden.

**Herr Seitz** erläutert den Sachverhalt und macht auf einen Fehler aufmerksam. Bei dem Deckungsring 34 müsste anstatt 446.600 € der Betrag von 562.900 € stehen, welcher sich aus den in der Anlage dargestellten Einzelmitgliedschaften zusammensetzt. Neu hinzugekommen sei die Mitgliedschaft bei der Europäischen Metropolregion München.

Bei Carbon Composites e.V. falle es **KR Müller** schwer zu sehen, weshalb hier eine Gebietskörperschaft aktiv sein solle. Die Unterstützung sei wohl eher ideell. Überlegt werden solle, wo es wirklich Sinn mache, als Gebietskörperschaft Mitglied zu sein. Zu Beginn des Vereines möge die Mitgliedschaft sicherlich von Bedeutung gewesen sein. Seiner Auffassung nach, sei dies Aufgabe der Unternehmen, da hiermit letztendlich das Marktgeschehen abgebildet werde. Nachdem der Mitgliedsbeitrag bei 10.000 € liege, solle dieser Punkt noch einmal diskutiert werden.

**KR Hannemann** halte hier eine Mitgliedschaft deshalb für wichtig, weil sich die Wirtschaft über solche Vereine artikuliere. Hier werden die Wünsche der beteiligten Firmen an die Politik formuliert, was einen wichtigen Aspekt darstelle. Nachgedacht werden solle, künftig eine Regionale GmbH zu schaffen, durch die die Region besser vermarktet werde. Falls dies der Fall sei, könne überlegt werden, ob sich der Landkreis Augsburg nicht besser an einer solchen GmbH beteilige. Diese Mitgliedschaft stelle einen der Kontakte in die Wirtschaft dar. Damit werde die Bedeutung von wichtigen Technologien für den Landkreis Augsburg deutlich gemacht. Für wenig sinnvoll erachtet er, dass vier benachbarte kommunale Gebietskörperschaften jeweils einzeln hier Mitglied seien. Falls eine regionale Vermarktungsgesellschaft geschaffen werde, sollen diese Einzelmitgliedschaften hinterfragt werden.

**KR'in Jung** bemerkt, dass der Landkreis Augsburg erst im vergangenen Jahr dem Verein beigetreten sei. Das von KR Müller vorgebrachte Argument, war einer der Gründe damals, weshalb sie die Mitgliedschaft nicht mitgetragen habe. Falls das Thema neu diskutiert werde, seien die Argumente dieselben.

**KR Liebert** stellt fest, dass es gute Gründe gab, diesem Verein beizutreten. Erinnern möchte er an den umfangreichen Vortrag, woraufhin das politische Signal gesehen wurde. Es sollten die Alleinstellungsmerkmale der Region herausgestellt werden. Ein politisches Signal sollte mit dem Beitritt an den Verein gesetzt werden. Ziehe man sich nun nach nicht mal einem Jahr wieder zurück, sei dies seines Erachtens unklug.

Bereits vor einem Jahr habe **KR Buhl** vorgeschlagen, dass die Augsburg AG, in welcher 3 Gebietskörperschaften vertreten seien, hier Mitglied werden könnte. Hierdurch wäre auch die Vernetzung gegeben. Anzustreben sei, dass nicht jede Gebietskörperschaft hier einzeln Mitglied sei.

Ausgangspunkt dieser Diskussion sei nach Aussage von **Landrat Sailer**, die Bitte von REAL West, dass der Landkreis Augsburg Mitglied werden solle, gewesen. Auch im Raum stehe der mündliche Antrag von 1. Bürgermeister Fröhlich, der den Landkreis Augsburg bittet, ebenso Mitglied im Verein Begegnungsland Lech–Wertach zu werden. Darüber hinaus habe, was den Aussichtsturm Bonstetten betreffe, eine Diskussion stattgefunden, ob diese Maßnahme, welche aufgrund mehrer Mitgliedschaften des Landkreises durch ihn bereits mehrfach mittelbar gefördert werde, nochmals einen Zuschuss erhalte. Weiter festgestellt werde, dass es Landstriche im Landkreis gebe, die über keine Mitgliedschaft in lokalen Aktionsgruppen abgedeckt seien. Vorgeschlagen werde, im Laufe des Sommers, nachdem sich die Fraktionen beraten haben, hierüber noch einmal zu diskutieren. Nachdem die Anträge von REAL West und Begegnungsland Lech–Wertach haushaltsrelevant seien, solle über diese heute abgestimmt werden.

Stichpunkte waren laut **KR Liebert** der Ausschluss der Mehrfachförderung und ein weitestgehend Gerechtigkeit für das gesamte Landkreisgebiet. Dies müsse das Ziel sein. Die Gemeinde Bonstetten wäre über den Bereich REAL West abgedeckt, wohingegen z.B. die Gemeinde Allmannshofen nirgends organisiert sei. Nicht aussprechen wolle sich die Fraktion zwangsläufig für eine Mitgliedschaft bei REAL West. Vielmehr sollen punktuell Einzelmaßnahmen gefördert werden. Hierdurch könne besser gesteuert und ein Stückweit Gerechtigkeit über den Landkreis gezogen werden.

Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen solle laut **KR Güller** überlegt werden, auf welches Verfahren man sich einigen wolle. Position der SPD-Fraktion sei die, dass es Sinn mache, wenn der Landkreis Augsburg bei REAL West Mitglied werde. Hier werde allerdings das Problem der Doppelförderung gesehen. Tendenziell sollen eher keine Einzelobjekte, sondern Mitgliedschaften gefördert werden. Dennoch könne er den anderen Argumenten etwas abgewinnen. Die Situation, dass manche Gemeinden gar nicht und andere wiederum doppelt berücksichtigt seien, müsse seiner Meinung nach bereinigt werden. Deshalb bittet er die Verwaltung im Laufe des Jahres die Situation darzustellen. Die Zu- oder Abstimmung werde nicht an diesem Punkt festgemacht. Befürworten wolle er den Vorschlag, dass dieses Thema in den Fraktionen diskutiert werden solle.

**KR'in Jung** teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Thematik beraten habe und einige weitere Mitgliedschaften sehr kritisch gesehen werden. Zumal, weil der Mitgliedsbeitrag sehr hoch sei. Für sinnvoller werde erachtet, wenn der Landkreis Augsburg mehr in Einzelprojektförderungen einsteige.

**Landrat Sailer** stellt zusammenfassend fest, dass derzeit von einer Mitgliedschaft bei REAL West und bei Begegnungsland Lech–Wertach abgesehen werden solle. Zu einer der nächsten Sitzung solle eine graphische Darstellung bezüglich der Landkreismitgliedschaften in diesem Zusammenhang vorgelegt werden, aus welcher sich eine Art Förderkonzept für den Landkreis Augsburg entwickeln lasse. Der im Anschluss vorgetragene Beschlussvorschlag wurde einstimmig gefasst.

### Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Mitgliedschaften des Landkreises Augsburg zur Kenntnis und stimmt deren Fortbestand zu.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0

<b>TOP 2    Kreishaushalt 2009 - 3. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs und Empfehlung an den Kreistag Vorlage: 09/0007</b>
--

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2009 (Stand: 24.10.2008) wurde als KT-Vorlage 08/0267 am 10.11.2008 in den Kreistag eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging dabei zunächst von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 2.329.900 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 21.190.00 € enthalten, die sich bei Berücksichtigung aller Einzelpositionen auf Zusatzlisten und sonst keiner weiteren Veränderungen noch erhöht hätte.

Gegenüber dem Ausgangsstand vom 24.10.2008 wurde dessen Veränderung im Rahmen der zweiten Lesungen schriftlich und im mündlichen Sachvortrag bekannt gegeben. Der Kreisausschuss hat hierzu bereits am 12.01.2009 über die in der Kreisausschussvorlage (Ifd. Nrn. 1 bis 108 im weißen Teil der Verwaltungsvorlage) enthaltenen Positionen sowie über die in die Zusatzliste für den Kreisausschuss aufgenommenen Einzelpositionen in nahezu allen Positionen entschieden.

Empfehlende Beschlüsse zum Verwaltungsentwurf wurden in den zweiten Lesungen daneben in folgenden Sitzungen gefasst:

13.01.2009	Schul- und Kulturausschuss
14.01.2009	Ausschuss für Personal, EDV und Organisation
15.01.2009	Bau- und Umweltausschuss
19.01.2009	Jugendhilfeausschuss

Veränderungen seit dem 24.10.2008 müssen nun aufgrund der Empfehlungsbeschlüsse und durch Fortschreibungen seitens der Kreisfinanzverwaltung (gegliedert nach Fachausschüssen) vom Kreisausschuss am 26.01.2009 behandelt werden. Hierdurch verändert sich nochmals der ungedeckte Bedarf; die notwendige Kreditaufnahme ist ebenfalls anzupassen.

Der Bezirkstag wird voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.02.2009 entsprechend dem ggf. erfolgten Empfehlungsbeschlusses des Bezirksausschusses vom 22.01.2009 über die Höhe der Bezirksumlage 2009 entscheiden.

Über die in den Veränderungslisten enthaltenen Empfehlungen der Fachausschüsse sowie über Fortschreibungen seitens der Kreisfinanzverwaltung (Anlage) wäre vom Kreisausschuss ebenso noch zu entscheiden, wie anschließend über eine Empfehlung an den Kreistag zum Abgleich des Kreishaushaltes 2009 unter Berücksichtigung der zu erwartenden vom Bezirkstag am 05.02.2009 zu beschließenden Höhe der Bezirksumlage 2009.

Am 16.02.2009 soll der Kreistag gemäß Art. 57 LKrO die Haushaltssatzung 2009 sowie den Finanzplan für die Jahre 2008 bis 2012 beschließen und die Landkreisverwaltung beauftragen, den Haushaltsplan und Stellenplan 2009 samt Anlagen auf der Grundlage des Haushaltssatzungsbeschlusses als Druckwerk herzustellen soweit dieser bis zur Sitzung nicht schon vorliegt.

Ein vorläufiger Finanzplan für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum der Jahre 2008 bis 2012 mit einer Übersicht der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Aufgabenbereichen für diesen Zeitraum liegt ebenso bei. Aus diesen Unterlagen sind die in den Jahren 2010 bis 2012 vorgesehenen Einnahme- und Ausgabeentwicklungen ersichtlich. Bezüglich der investiven Ausgaben darf insbesondere auf das vom Bau- und Umweltausschuss beschlossene Investitionsprogramm für den Tiefbau- und den Hochbaubereich Bezug genommen werden sowie wie auf die Ergänzung im Zuge der zweiten Lesung des Kreishaushaltes 2009 in der Sitzung am 15.01.2009.

**Landrat Sailer** bedankt sich für eine konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit. Der Haushalt wurde in den Fachausschüssen behandelt, wobei es kaum zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei.

**Herr Seitz** erklärt, dass die Beschlussergebnisse der Fachausschüsse der Anlage entnommen werden können. Bei den ersten beiden Positionen der Fortschreibungsliste für den Kreisausschuss kam es aufgrund mittlerweile zugegangener Steuerbescheide zu geringen Ansatzänderungen. Alle anderen Positionen wurden von den entsprechenden Gremien beraten und beschlossen. Diese Beschlüsse verändern das ursprünglich vorgestellte Ergebnis.

Betreffend die notwendige Kreditaufnahme wurde am Anfang der Beratungen ein Bedarf von etwas über 21 Mio. € formuliert. Dieser habe sich zwischenzeitlich aufgrund einer Streckung bei den Baumaßnahmen reduziert. Insbesondere wurde die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn über mehrere Jahre gestreckt, wodurch sich der ursprüngliche Ansatz in 2009 von 9 Mio. € auf 6 Mio. € reduziert habe. Auf der anderen Seite erhöhen die Erweiterungen der Realschulen Bobingen und Zusmarshausen den Kreditbedarf, so dass heute ein Kreditbedarf in Höhe von 20.678.400 € im Raum stehe. Würde der hieraus resultierende zusätzliche Schuldendienst dazu genommen, bleibe ein Überschuss im Verwaltungshaushalt in Höhe von 1.336.600 € bestehen.

Weiter teilt er mit, dass dem Landkreis Augsburg in den vergangenen Tagen der Entwurf der Haushaltssatzung und der Wirtschaftsplan des Krankenhauszweckverbandes zugegangen seien. Diese weichen von der Finanzplanung des Vorjahres, die Grundlage der Haushaltsansätze des Landkreises darstellt, teilweise deutlich ab. Der Vermögensplan des Krankenhauszweckverbandes sehe einen Umlagebedarf für den Landkreis Augsburg von rund 3,5 Mio. € vor. Hier enthalten seien auch Tilgungsanteile, die bereinigend dem Verwaltungshaushalt zuzuordnen seien. Dies bedeute im Vermögenshaushalt bei der **lfd. Nr. 34, Investitionsumlage an KZVA**, statt dem ursprünglich angenommenen Ansatz von 6.880.000 einen Bedarf von 2.557.900 €. Die Differenz von 4.322.100 € reduziere den Vermögenshaushalt und senke den Kreditbedarf. Der Kreditbedarf würde dann bei 16.356.300 € liegen. Daneben beinhaltet der Wirtschaftsplan auch die Festsetzung der Betriebsumlage aus dem Erfolgsplan. Zunächst wurde bei der **lfd. Nr. 33, Betriebsumlage an KZVA**, ein Betrag von 1.666.900 € vorgesehen, welcher nun auf 1.944.600 € steige.

Durch beide Änderungen reduziere sich der in der Vorlage dargestellte Überschuss um den Mehrbedarf des Krankenhauszweckverbandes im Erfolgsplan. Auf der anderen Seite würden die zusätzlichen Schuldendienstleistungen reduziert, da weniger an Krediten aufgenommen werden müsse. Im Ergebnis bedeute dies, dass bei unveränderter Bezirksumlage und zunächst angenommener unveränderten Kreisumlage, der Überschuss im Verwaltungsentwurf 1.132.600 € betrage. Angesichts des erheblichen Kreditbedarfes im Jahr 2009 sei es seines Erachtens zwingend notwendig, den derzeit im Verwaltungshaushalt vorhandenen Überschuss dem Vermögenshaushalt zuzuführen, um dadurch die Kreditaufnahmen ein Stück weit zu reduzieren.

Weiter werde eine Erhöhung der Kreisumlage als notwendig gehalten, da jede Erhöhung den Kreditbedarf weiter schmälere. In künftigen Jahren werde der Landkreis Augsburg das hohe Niveau an Umlagekraft nicht halten können. Im Jahr 2011 (Basisjahr 2009) komme es zu einer deutlichen Reduzierung der Umlagekraft. Vor diesem Hintergrund solle versucht werden, einen Eigenanteil an den Kosten für die Investitionen zu erwirtschaften. Dies formuliere die Regierung von Schwaben seit Jahren so in den Haushaltsgenehmigungsschreiben.

**Herr Püschel** weist daraufhin, dass die vorgenommenen Planungen auf der Finanzplanung für das Jahr 2009 des Krankenhauszweckverbandes beruhen. Bereits im Jahr 2008 signalisierte der Krankenhauszweckverband, dass erheblicher Bedarf im Hinblick auf die Finanzie-

zung medizintechnischer Ausstattung bestehe. Der Freistaat sehe hierfür eine pauschale Förderung in Höhe von jährlich 5,7 Mio. € vor. Um den tatsächlichen Bedarf an medizinischen Geräten abzudecken, würde allerdings ein Betrag von weiteren 24 Mio. € benötigt. Dieser in den Haushalt 2008 des Krankenhauszweckverbandes eingeflossene Betrag wurde mit einem Sperrvermerk versehen, da zunächst die Hoffnung bestand, dass dieser Betrag über eine Sonderförderung des Freistaates Bayern abgedient werden könnte. Zwischenzeitlich sei es zu einer Sonderförderung des Freistaates Bayern in Höhe von jeweils 4 Mio. € für das Haushaltsjahr 2008 und 2009 gekommen. Hieraus resultiere im medizinischen Bereich für das Jahr 2008 ein offener Betrag von 20 Mio. €. Ein ähnlich hoher Betrag sei für das Jahr 2009 offen, welcher ebenfalls mit einbezogen wurde.

Tatsächlich habe der Krankenhauszweckverband einen Sonderbeitrag der Träger für den medizintechnischen Bedarf in Höhe von 5 Mio. € für das Jahr 2009 in den Haushaltsentwurf eingestellt. Die Verringerung des Bedarfs resultiere nicht daraus, dass sich der Bedarf an medizintechnischen Geräten reduziert habe oder daran, dass die finanzielle Lücke geschlossen wurde. Dies bedeute auch nicht, dass nicht in den nächsten Jahren ähnliche Beträge auf die Träger zukommen. Die Finanzplanung des Krankenhauszweckverbandes gehe heute schon davon aus, dass für das Jahr 2010 wiederum ein Sonderbeitrag der Träger von mindestens 5 Mio. € zur Beschaffung von medizintechnischen Geräten veranschlagt werde.

Die Frage stellt sich laut **KR Liebert** heute, ob die vorgenommenen Investitionen des Landkreises in einem gewissen Zeitraum solide finanziert werden können. Ziel müsse es sein, den Finanzplan zu betrachten. Dieser beinhalte konkrete Maßnahmen, die finanziert werden müssen. Der Finanzplan enthält im Jahr 2008 7 Mio. € für Bauinvestitionen, wohingegen es im Jahr 2009 12,5 Mio. € seien. Für das Jahr 2010 wurden 16,9 Mio. € und für das Jahr 2011 19,1 Mio. € eingeplant. Diese Summen müssen abfinanziert werden.

Für die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn müsse 2009 ein erster Teilbetrag von 6 Mio. € aufgewendet werden. Insgesamt stehen bei diesem Vorhaben 22 Mio. € plus X an. Weiter wurden aus guten Gründen die Erweiterungen der Realschulen in Bobingen (1,5 Mio. €) und Zusmarshausen (2,4 Mio. €) vorgezogen. Gleichzeitig sei es Ziel, die Maßnahme bei den Beruflichen Schulen Neusäß zu planen und umzusetzen. Für das Jahr 2009 fallen hierfür 300.000 € an, wobei sich insgesamt die Investitionssumme auf ca. 30 Mio. € belaufen werde.

Im Jahr 2009 könne der Landkreis noch relativ gute Einnahmenpositionen verzeichnen, was im darauf folgenden Jahr, da dann das Basisjahr 2008 wirke, schon nicht mehr der Fall sei. Der Presse könne entnommen werden, was künftig für Wirtschaftszahlen drohen. Dieser Talfahrt müsse sich der Landkreis stellen. Mit Blick auf die künftigen Vorhaben bekräftigt er die Aussage von Landrat Sailer, dass die Kreditschaukel nicht nur nach oben gedreht werden könne. Ursprünglich wurde im Jahr 2009 mit 22 Mio. €, heute korrigiert auf 16,3 Mio. € an Kreditaufnahmen geplant. Im Jahr 2010 seien hierfür ca. 18 Mio. € und für das Jahr 2011 21 Mio. € vorgesehen. Weiter informiert er über einen Zeitungsbericht, in welchem die SPD-Fraktion die Frage stellt, ob eine Kreisumlagerhöhung an irgendeiner Stelle geparkt werde. Diese Frage stelle sich seiner Meinung nach nicht, da die Kreisumlage 1 : 1 die Kreditaufnahme reduzieren solle. Die Frage stelle sich, wie die Investitionen finanziert werden sollen. Meinung der CSU-Fraktion sei es, dass in einer Zeit, in welchen die Gemeinden finanziell vergleichsweise gut da stehen, ein Punkt Kreisumlagerhöhung leichter zu verkräften sei, als künftig. Eine Kreisumlagerhöhung von einem Punkt stelle einen tragbaren Kompromiss zwischen Neuverschuldung und Belastung der Gemeinden dar. Aufgrund dessen, plädiere die CSU-Fraktion für die Anhebung der Kreisumlage auf 46 Punkte.

**KR Güller** betont, dass die einzelnen Schwerpunkte der Fraktionen bei den Haushaltsreden im Kreistag gesetzt werden. Jede Fraktion habe seiner Meinung nach mehr oder minder erfolgreich versucht, Schwerpunkte im investiven und im Verwaltungshaushalt zu setzen. Eignigkeit bestehe, dass Kompromisse zwischen allen Interessen gefunden wurden, die poli-

tisch durchaus akzeptiert werden können. Um hier den Deckel schließen zu können, müsse erst bekannt sein, was dieses Paket beinhalte. Bei drei Aspekten könne die Entwicklung nicht vorher gesehen werden.

Zum einen werde von einer Senkung der Bezirksumlage ausgegangen, wobei die genaue Höhe noch nicht bekannt sei.

Weiter wurden in den letzten Jahren immer Kreditaufnahmen eingeplant, die in keinem der Jahre in der eingesetzten Höhe benötigt wurden. Ausgegangen werde auch, dass nicht alle der im Hochbau geplanten Investitionsmaßnahmen in diesem Jahr umgesetzt werden können. Ob dies zu einer Minderung des Kreditbedarfs führe, sei erst am Ende des Jahres bekannt. Er selbst gehe davon aus, dass auf jeden Fall nicht die prognostizierte Kreditaufnahme benötigt werde.

Einen weiteren unklaren Punkt stellt das Konjunkturpaket II dar. Derzeit liegen seitens des Haushaltsgesetzgebers im Bayerischen Landtag keine Vorgaben vor. Nicht bekannt sei, wie viele der Schulbau- oder anderer Maßnahmen in diesem Konjunkturpaket Berücksichtigung finden. Auch könne der Landkreis nicht sagen, dass noch Zusatzmaßnahmen eventuell auch durch einen Nachtragshaushalt im Sinne des Konjunkturpakets auf den Weg gebracht werden könnten.

Nicht verständlich sei ihm, dass obwohl diese Punkte nicht hinreichend geklärt seien, eine Kreisumlagerenerhöhung befürwortet werde. Seriös wäre es, den vorhandenen Überschuss für die Tilgung zu verwenden und nicht die Kommunen hiermit zu belasten, gerade weil nicht bekannt sei, was das nächste Jahr bringe. Keine Kommune im Landkreis Augsburg sei ihm bekannt, die nicht auch Schulden habe, die gegebenenfalls getilgt werden bzw. einen Haushalt habe, der ausgeglichen werden könnte. Kein Sinn und auch kein Vorteil werden darin gesehen, wenn anstelle des Landkreises die Kommunen die Kredite aufnehmen müssen. In diesem Jahr werde mit Vorausblick auf das nächste Jahr keine Notwendigkeit gesehen, die Kreisumlage zu erhöhen.

Für unglücklich befindet er das Vorgehen des Bayerischen Gemeindetages. Dieser habe ohne Beschluss und ohne Rücksprache mit allen Gemeinden, diese Kreisumlagerenerhöhung um einen Punkt akzeptiert. Für besser hätte er eine gemeinsame Rückmeldung aller Landkreisgemeinden befunden, nachdem sie sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Für die Arbeit in den Fraktionen sei diese Vorgehensweise nicht hilfreich. Zusammengefasst stellt er fest, dass die Seriosität es gebietet, die Einzelmaßnahmen in diesem Haushalt mit zu tragen und den Überschuss für die Tilgung zu verwenden. Eine Erhöhung der Kreisumlage nach den jetzigen Zahlen und Unsicherheiten werde allerdings nicht mitgetragen.

Eine positive Entwicklung habe sich laut **KR Lettinger** in den letzten Monaten während der Beratungen ergeben. Diese seien von verschiedenen Punkten abhängig. Eine Punktlandung stellt das Rechnungsergebnis 2008 dar. Weiter haben sich die Schlüsselzuweisungen um 5,9 Mio. € erhöht. Auch festzuhalten sei das Plus in der Umlage des Landkreises mit fast 9 Mio. € (11,4 %). Nach Abzug der Bezirksumlage würden netto ca. 5 bis 5,5 Mio. € übrig bleiben. Der Überschuss von 1,33 Mio. €, Stand 26.01.09, wurde von Herrn Seitz aufgrund des Haushaltsentwurfs des Krankenhauszweckverbandes auf ca. 1,13 Mio. € relativiert.

Wichtig sei es aus Sicht der FW-Fraktion, sinnvoll Investitionen mit Blick auf die Folgekosten vorzunehmen. Das Investitionsprogramm solle ausgeschöpft und Investitionen gepuscht werden. Derzeit vorhandene Probleme sollen aufgegriffen und zügig umgesetzt werden. Auch für wichtig befindet er, die geplanten Maßnahmen möglichst schnell anzugehen. Aufgrund dessen habe die FW-Fraktion auch den Antrag gestellt, um die Probleme bei den beiden Realschulen möglichst schnell in den Griff zu bekommen. Aufgrund dieser Punkte werde die Kreisumlagerenerhöhung trotz positiver Vorzeichen mitgetragen. Diese Erhöhung wurde auch



schon als „Bildungspunkt“ bezeichnet. Ein Punkt Kreisumlage für die Bildung im Landkreis Augsburg. In Anbetracht der anstehenden Maßnahmen werde eine geringere Kreditaufnahme für wichtig gehalten.

Auch werde durchaus Rücksicht auf die Umlagenzahler und die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen genommen. Allerdings müssen die geplanten Maßnahmen auch finanziert werden. Hier müsse längerfristig und nicht von Jahr zu Jahr gedacht werden. Die Gemeinden benötigen eine gewisse Planungssicherheit, gerade auch mit Blick auf künftige „magere“ Haushaltsjahre. Allerdings solle nicht zu Schwarz gesehen werden, da sämtliche Gutachten auch ins Negative übertreiben.

Noch nicht absehbar seien die Auswirkungen des Konjunkturpakets II. Falls sich eine günstige Gelegenheit ergebe zu investieren, bestünde immer noch die Möglichkeit des Nachtrags Haushaltes.

Abschließend teilt er mit, dass die FW-Fraktion, gerade in Anbetracht der Investitionen im Bereich der Bildung, diese Kreisumlagerhöhung mittragen werde.

Keinesfalls werde laut **KR 'in Jung**, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer Kreisumlagerensenkung zustimmen. Die Entwicklungen haben sich bereits abgezeichnet und auch die Erhöhung der Schlüsselzuweisung war bekannt. In der Vergangenheit wurden einige Investitionen vernachlässigt, welche nun in der Zukunft angegriffen werden müssen. Diese noch einmal aufzuschieben wäre nicht verantwortbar. Aufgrund dessen stehe die Fraktion einer Kreisumlagerhöhung positiv gegenüber. Hierfür spreche auch die momentane Wirtschaftslage. Um die Konjunktur anzukurbeln, sei es notwendig zu investieren. Zu der Zeit, wo bei den Kommunen und Landkreisen finanzielle Mittel vorhanden seien, solle antizyklisch gehandelt werden. In dieser Zeit müsse investiert werden, aber auch darauf geachtet werden, dass die Kassen voll seien, um künftig nicht zu viele Kreditaufnahmen zu benötigen. Ebenfalls sollen die vorhandenen Schulden des Landkreises abgebaut werden.

Keine Einigkeit bestand bezüglich der Höhe der Erhöhung. Auf jeden Fall könne aber die Erhöhung um einen Punkt mitgetragen werden. Ganz klar dargestellt werden solle, wofür das Geld verwendet werde. Vertretbar werde auf jeden Fall das Investieren in den Bereich der Bildung gehalten. Hiervon profitieren auch die Kommunen, da jeder seinen Nutzen heraus ziehe. Wichtig halte sie den Einstieg im Haushalt sichtbar darzustellen. Verstärkt solle ein Augenmerk auf energetische Maßnahmen gelegt werden.

Betreffend das Konjunkturpaket II werde ein möglichst schnelles Handeln für wichtig gehalten. Dies betreffe insbesondere Maßnahmen, die noch nicht im Haushalt verankert seien. Überprüft werden solle, welche Maßnahmen in Frage kommen, um den größtmöglichen Nutzen hieraus zu ziehen. Nachdem hiervon auch Maßnahmen für die Infrastruktur betroffen seien, schlägt sie vor, das Thema Regio Schienentakt zu prüfen.

Abschließend teilt KR 'in Jung im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, eine Kreisumlagerhöhung um einen Punkt mit zu tragen.

**KR Buhl** stellt fest, dass der Haushalt mittlerweile ein sehr großes Paket „Bildung“ enthalte. Maßnahmen wurden gestreckt aber an keiner Stelle wurde diesbezüglich eingespart. Weiter unterstreicht er die Aussage von KR Liebert, der eingangs betont, dass man die Folgejahre nicht aus den Augen verlieren dürfe. Alle Diskussionen in den Fachausschüssen haben weitgehend Konsens gezeigt. Der Schwerpunkt betreffend die Bildung wurde von allen Fraktionen einhellig mitgetragen, weshalb an dieser Stelle auch klar sein müsse, dass es zu finanziellen Engpässen kommen werde. Die geplanten Investitionen übersteigen weit die der letzten Jahre. Große Aufgaben bedürfen besonderer Maßnahmen. Derzeit stehen 15 Mio. € an Kreditaufnahmen im Raum. Gemeinsam mit den bereits vorhandenen 29 Mio. € stehe der Landkreis vor einem Berg von 44 Mio. €. Mit diesem Berg solle man den neu gewählten Landrat nicht im Regen stehen lassen.

Einerseits werden Forderungen nach Investitionen erhoben und dann bestehe keine Bereitschaft, diese zu finanzieren. Hieran solle sich nach Ansicht der FDP-Fraktion die gesamte kommunale Familie beteiligen. Der Landkreis selber habe keine eigenen Steuereinnahmen, weshalb bei diesen Vorhaben die Kommunen mit ins Boot genommen werden müssen. Kein schlechtes Gewissen habe er bezüglich der im Haushalt verankerten Zahlen. Alle Anwesenden haben für das Notwendige und Wesentliche im Landkreis gekämpft. Der Haushalt beinhaltet keine Wunschschlösser. Aufgrund dessen, müsse in diesem Umlageverfahren die kommunale Familie den Landkreis bei diesen Investitionen unterstützen. Die Erhöhung um einen Punkt sei seiner Meinung nach zu wenig. Gerade hohe Kredite werden seitens der Kommunen in den Folgejahren mitgetragen. Die Verschlechterung des Haushalts im Landkreis schlage auf die Kommunen durch, weshalb seitens der FDP-Fraktion eine Kreisumlagerhöhung um 2 Punkte beantragt werde.

**KR'in Strohmayer** stellt fest, dass ein Kreisumlagenpunkt für die Bildung gut klinge, wobei sie sich die Frage stellt, ob dies auch stimmt. Festzustellen sei, dass der Haushalt 2009 nur Planungskosten für die Bildungsinvestitionen beinhaltet. Mit den Maßnahmen selber werde erst in den Folgejahren begonnen. Deshalb stellt sie sich die Frage, weshalb bereits in diesem Jahr eine Kreisumlagerhöhung notwendig sein solle.

Weiter teilt sie mit, dass das Konjunkturpaket II vor allem eine Förderung der Bildungsmaßnahmen vorsieht, welche mit 100 % gefördert werden sollen. Dieses Konjunkturpaket II diene vor allem der Entlastung von Kommunen. Es bestehe die Möglichkeit in den Genuss einer sehr hohen Förderung zu gelangen, falls entsprechend Projekte angemeldet werden. Gleichwohl zahlen die Kommunen über die Kreisumlage letztendlich diese Maßnahmen mit, was für sie unverständlich sei. Abschließend erinnert sie an das Versprechen des Ministerpräsidenten, welcher das Zentralklinikum zur Universitätsklinik machen wolle, was schlussendlich noch ein Punkt sei, der gegen eine Kreisumlagerhöhung spreche.

**Landrat Sailer** stellt klar, dass Geld nicht nur für Planung ausgegeben, sondern tatsächlich auch bereits mit dem Bau begonnen werde. Der Haushalt 2008 sah 3,4 Mio. € für die Bildung vor, wohin gegen der Ansatz im Jahr 2009 knapp 11 Mio. € umfasse.

Im investiven Bereich werde für das Gymnasium Königsbrunn 6 Mio. € vorgesehen. Für die Realschule Bobingen beinhaltet der Haushalt 1,5 Mio. € im Investitionsbereich. Der Ansatz in Höhe von 800.000 € bei der Realschule Zusmarshausen werde teils für Planung und zum anderen Teil für Investitionen benötigt. Lediglich bei den Beruflichen Schulen Neusäß sei ein Betrag von rund 300.000 € als reine Planungskosten angesetzt. Diesbezüglich könne nicht behauptet werden, dass der Landkreis Augsburg nicht in die Bildung, sondern zunächst lediglich in die Planung investiere. Ein ganz gewaltiger Teil werde direkt für Bildungsinvestitionen und Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben.

Betreffend die Aussage von KR Güller bemerkt **Landrat Sailer**, dass der Haushalt 2008, mit Ausnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fraktionsübergreifend beschlossen wurde. Dieser beinhaltete Kreditaufnahmen in Höhe von 10 Mio. €, die bislang nicht benötigt wurden. Auch das vorliegende Zahlenwerk 2009 sei seriöses.

Der Haushalt 2008 umfasste im investiven Bereich einen Ansatz von 16,5 Mio. €. Hingegen sieht der Haushalt 2009 in diesem Bereich 27,9 Mio. € vor, was eine Kreditaufnahme unvermeidbar mache. Ob letztendlich der volle Betrag von 15 Mio. € benötigt werde, sei nicht bekannt. Die Erfahrung zeige, dass der Haushaltsansatz nur Eckpunkte definiere. Welche Ansätze bis zum Jahresende aufgebraucht seien, sei weder den Kommunen noch den Landkreisen bekannt. Auf keinen Fall könne bei dieser Anzahl von Investitionsmaßnahmen mit einer Kreditaufnahme von Null gerechnet werden.

Nach Meinung von **KR Klaußner** haben alle Wortmeldungen ihre Berechtigung. Er selbst sitze hier in 3-facher Funktion. Die von der Fraktion beschlossene Kreisumlagenerhöhung um einen Punkt, könne er selbst auch mittragen.

Bei der von KR Güller angesprochenen Sitzung habe es sich um eine ordnungsgemäße Vorstandssitzung des Bayerischen Gemeindetages Kreisverband Augsburg gehandelt. An dieser haben bis auf 3 Kollegen alle teilgenommen. Rücksicht wurde hier auf Kollegen genommen,, die verschiedenen Parteien angehören und keinen Fraktionsvorschlag hatten, weshalb erklärt wurde, dass ein Beschluss nicht benötigt werde, sondern ein Meinungsbild ausreiche. Alle Bürgermeister der Vorstandschaft waren zu dieser Sitzung eingeladen. Ein einziger Bürgermeister habe sich gegen die Erhöhung ausgesprochen, wofür er selbst Verständnis zeigt. In der Sitzung wurde mitgeteilt, dass eine gewisse Berechenbarkeit, Kontinuität bzw. Stabilität der Kreisumlage verfolgt werde. Dies bedeute nicht, dass von vornherein eine Kreisumlagenbewegung im nächsten Jahr ausgeschlossen werde. Lediglich solle einem Auf- und Ab entgegengewirkt werden. Sehr viele Gespräche habe er mit den Gemeinden geführt. Den allermeisten Gemeinden gehe es derzeit finanziell gut, weshalb entschieden wurde, dass der eine Punkt, obwohl es rechnerisch nicht notwendig sei, mitgetragen werde. Sofort wehren würde er sich, wenn durch ein Umlageverfahren, Gelder auf die hohe Kante gelegt werden würden.

Meinung des Vorstandes sei es gewesen, dieser Erhöhung zuzustimmen. Nachdem kein massiver Widerspruch verzeichnet wurde, erfolgte die Zustimmung ohne Handaufheben. Im Übrigen habe eine Mitgliederversammlung des Bayerischen Gemeindetages gemeinsam mit einer Bürgermeisterdienstbesprechung stattgefunden, in welcher die Bürgermeister von Herrn Seitz über die Situation informiert wurden. Bekannt sei, dass die Bürgermeister, die nicht im Kreistag vertreten seien, lediglich Empfehlungen abgeben können.

Abschließend teilt er mit, dass es die Empfehlung des Bayerischen Gemeindetages sei, diesen Punkt Kreisumlagenerhöhung mit zu tragen.

Kein Verständnis zeigt **KR Müller** für eine Kreisumlagenerhöhung, wenn doch ein Auf und Ab verhindert werden solle. Fakt sei, dass über den Haushalt 2009 entschieden werden müsse, der einen Überschuss aufweise. Sicherlich sei auch bekannt, dass der Landkreis aus den vergangenen Jahren Schulden habe. Dankbar sei er, dass die Erweiterung der Realschule Bobingen nun angegangen werde. Erinnern möchte er an dieser Stelle allerdings, dass die Erweiterung bereits im Jahr 2003 angekündigt wurde.

Weiter stimmt er KR'in Jung zu, dass der angesprochene Investitionsstau aufgelöst werden müsse. Die Gemeinden, die ihre Haushalte bereits verabschiedet haben, werden nun überprüfen müssen, ob mit dieser Erhöhung kalkuliert wurde. Bei der Stadt Bobingen mache ein Punkt über 100.000 € aus. Hier gehe es nicht um Pressemeldungen betreffend das Bruttoinlandsprodukt, da die Gemeinden selber Kontakt mit den Betrieben haben und ungefähr abschätzen können, was die Zukunft bringe. Die Stadt Bobingen müsse die Erhöhung der Kreisumlage über den Kreditmarkt finanzieren.

Einige Bürgermeister haben ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, dass dies keine Spirale nach oben werde solle. Weiter werden die Gemeinden mit rückgängigen Einkommenssteuerzahlungen rechnen müssen, da das Konjunkturpaket II entsprechende Erleichterungen enthalte.

Falsch sei es zu sagen, dass derjenige, der sich gegen die Erhöhung der Kreisumlage ausspricht, automatisch gegen die Bildung sei. Klar sein müsse, dass sich der Landkreis spätestens im nächsten Jahr gegenüber den Gemeinden solidarisch zeigen müsse. Gerade weil dann einige Gemeinden entsprechende Umlagen auch über Kredite finanzieren müssen. Dann werde eine Situation wie in den Jahren 2003 und 2004 vorgefunden.

Abschließend teilt er mit, dass er sich bereits in der Sitzung des Bayerischen Gemeindetages und auch heute gegen eine Kreisumlagenerhöhung ausspreche, da dies seiner Meinung nach aufgrund der Daten für das Jahr 2008 nicht notwendig erscheint. Trotz aller Probleme erziele der Landkreis einen Überschuss, weshalb eine Kreisumlagenerhöhung falsch sei.

**Landrat Sailer** betont, dass sich der Landkreis Augsburg, als es um die Bezirksumlagenerhöhung ging, sehr kommunalfreundlich erwiesen habe, indem er die Erhöhung nur zu einem Teil weitergegeben habe. Ziel sei es, Sprünge nach oben oder nach unten zu verhindern. Weiter fordert er Herrn Püschel auf, das Konjunkturpaket II des Bundes zu erläutern.

Zu der Frage, in wie weit sich das Konjunkturpaket II tatsächlich auf die Investitionsplanung im Jahr 2009 auswirken könne und ob es dadurch zu einem Wenigerbedarf komme, erklärt **Herr Püschel**, dass bislang lediglich ein Entwurf vorliege. Ein Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung des kommunalen Investitionsprogramms und ein entsprechender Verwaltungsvorschriftenentwurf. Die Aussage von KR'in Strohmayr, dass dieses Konjunkturprogramm der Entlastung von Kommunen dienen solle, stimme nur bedingt. Zunächst diene es zur Ankurbelung der Konjunktur. Am Donnerstag wurde seitens des Kultusministeriums die Bitte geäußert, bis heute Vormittag Maßnahmen zu nennen, die unter dieses Konjunkturprogramm fallen. Diese Maßnahmen dürfen noch nicht im Haushalt enthalten sein. Hier gehe es nicht im Allgemeinen um Schul- oder Schulbaumaßnahmen, sondern eher um Maßnahmen, unter Berücksichtigung der energetischen Sanierung, die die Ganztageschulen betreffen. Gelungen sei es, aufgrund konkreter Zeitabläufe, die eine oder andere Maßnahme, die bereits im Hinterkopf vorhanden war, in dieses Programm einzufügen und diese zu melden. Kaum betroffen hiervon seien die aktuell konkrete Maßnahmen. Noch dazu komme, dass diese Maßnahmen bis zum 31.12.2010 begonnen und bis zum 31.12.2011 beendet und abgerechnet sein müssen. Den Fraktionsvorsitzenden wurden die in Frage kommenden Maßnahmen vorgelegt. Dass hier eine 100 % Förderung vorgesehen sei, entziehe sich seinem Kenntnisstand. Ihm sei bekannt, dass im Rahmen des Förderprogramms eine nicht unwesentliche Beteiligung seitens der Kommunen erwartet werde. Weiter sei noch nicht bekannt, was als förderfähige Kosten im Rahmen eines solchen Programms anerkannt werden. Selbst wenn einige Maßnahmen, die bereits im Haushalt enthalten seien, über dieses Programm subsumiert werden könnten, würde es zu keiner so deutlichen Entlastung führen, die die Haushaltsplanung vollkommen auf den Kopf stelle und eine Kreisumlagenerhöhung unnötig mache. Der Verwaltung liege lediglich ein Entwurf vor und es könne nicht mehr in diesen reininterpretiert werden, als dieser beinhaltet.

**KR Güller** kritisiert diese Anmerkung, die seiner Meinung nach an der Sache vorbeigehe. Nicht sein dürfe, dass in verwaltungstechnischer Hörigkeit die Vorgaben des Kultusministeriums 1 : 1 übernommen werden. Interesse des Gemeinde-, Städte- und Landkreistages müsse sein, eine möglichst breite Aufstellung zu erreichen. Das was das Kultusministerium vorgegeben habe und was von der Verwaltung erläutert wurde, sei eine ganz enge Auslegung dessen, was in Berlin diskutiert werde. Für positiv findet er, dass sich die Verwaltung hieran gehalten habe. Die Interpretation von Herrn Püschel kritisiere er. Als Kommune müsse man sich dafür einsetzen, möglichst viele Maßnahmen unterzubringen. Dies können auch Maßnahmen sein, die z.B. die Schulwegesicherheit, Sporthallenbau oder Sporthallensanierung von Vereinen betreffen. Am morgigen Tag entscheide das Kabinett in Berlin und am 10.02.09 Bayern über dieses Gesetz. Einigkeit sollte dahingehend bestehen, dass über Parteigrenzen hinweg möglichst viele Maßnahmen in diesem Konjunkturpaket untergebracht werden können. Bislang sei kein Gesetz abgesehen, weshalb er die Aussage von Herrn Püschel kritisiert, der scheinbar die Auffassung vertrete, dass die Verwaltungsmeinung die politische Meinung des Kreistages darstelle.

Daraufhin betont **Herr Püschel**, dass es um die Frage ging, welche Auswirkung das Konjunkturpaket auf den Haushalt 2009 des Landkreises Augsburg habe. Es können keine anderen Auswirkungen geschildert werden, als die, die auf Grundlage des Gesetzentwurfes an-

zunehmen seien. Alles andere stelle nicht Aufgabe der Verwaltung dar und es könne auch nichts überinterpretiert werden.

**Landrat Sailer** bemerkt, dass die Verwaltung nur auf Grundlage des derzeitigen Sachstandes agieren könne.

Festzuhalten sei nach Meinung von **KR Liebert**, das derzeit keine Details betreffend das Konjunkturpaket II bekannt seien. Lediglich Beispiele seien genannt, aber schlussendlich sei der Begriff „Bildung“ nicht definiert. Deswegen könne die Liste sowohl richtig als auch falsch sein. Festzuhalten sei, dass der Landkreis Augsburg den Fuß in die Tür gestellt habe, was für wichtig gehalten werde. Bisher sei ihm kein Konjunkturpaket bekannt, das eine 100%ige Förderung beinhalte. Auch der Bayerische Gemeindetag gehe hier noch von einer hohen Eigenbeteiligung der Kommunen aus. Die Frage, ob das Konjunkturpaket eine direkte Auswirkung auf den Kreishaushalt 2009 habe, könne mit Nein beantwortet werden.

Hinweisen möchte **KR'in Jung**, dass das Spektrum breit gestreut werden solle. Die Anträge müssen, bevor die Entscheidung am 10.02.09 gefällt werde, vorliegen. Interesse müsse es sein, für möglichst viele Maßnahmen Fördermittel zu erhalten.

**Landrat Sailer** erklärt, dass die Maßnahmen, die unter die bisherigen Kriterien fallen, mit der Liste gemeldet wurden. Sobald die Kriterien feststehen, werde der Landkreistag diese mitteilen und den Landkreis auffordern, entsprechende Maßnahmen zu melden. Ziel werde es sein, in den Jahren 2010 und 2011 möglichst viele Fördermittel für Maßnahmen, die vorgezogen werden können, zu bekommen. Aufgrund der Zuschüsse dieses Konjunkturpaketes werden Maßnahmen, wie z.B. energetische Sanierungsmaßnahmen an Schulen, die eigentlich für 2012 oder 2013 geplant waren, vorgezogen. Der einfachste Weg wäre, den Landkreisen eine Summe X mit der Vorgabe, diese in die vorgegebenen Maßnahmen zu investieren, zur Verfügung zu stellen.

Im Anschluss bittet er die Anwesenden über den weitergehenden Antrag der FDP-Fraktion, die Kreisumlage um 2 Punkte zu erhöhen, abzustimmen. Dieser wurde mit **13:1 Stimmen abgelehnt**.

Weiter bittet er über den Vorschlag, den Hebesatz um einen Punkt auf 46 Punkte anzuheben, abzustimmen. Dieser wurde mit einer Gegenstimme angenommen.

Über den Vorschlag, den Hebesatz unverändert zu belassen, müsse demnach nicht mehr abgestimmt werden.

**Landrat Sailer** verliest den, durch Herrn Püschel ergänzten Beschlussvorschlag, welcher wie folgt beschlossen wurde:

### Beschluss:

Der Kreisausschuss verabschiedet den Haushaltsplanentwurf des Landkreises Augsburg für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt

Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, dem Kreistag im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt einen abgeglichenen Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 vorzulegen. Die Abgleichsvorschläge ergeben sich aus den diesem Beschluss beigefügten Unterlagen.

Zum Abgleich des Kreishaushaltes 2009 ist zu berücksichtigen,

eine Kreisumlage in Höhe von	84.696.400 € (Hebesatz: 46 %)
eine Rücklagenentnahme in Höhe von	1.588.600 €
davon allgemeine Rücklage	-- €
Stiftungsrücklage	38.300 €
Sonderrücklage KZVA	191.000 €
Sonderrücklage Betriebsverluste Klinikum	1.359.300 €
eine Kreditaufnahme in Höhe von	13.382.500 €
Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	25.747.000 €
Hebesätze für den in gemeindefreien Gebieten liegenden Grundbesitz	
Grundsteuer A	300 v. H.
Grundsteuer B	300 v. H.
Gewerbsteuer	320 v. H.
ein Höchstbetrag der Kassenkredite von	3.000.000 €

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	3

**KR Güller** teilt mit, dass in der nächsten Fraktionssitzung entschieden werde, ob eventuell noch einmal extra über die Kreisumlage abgestimmt werden solle. Derzeit nicht bekannt sei, ob aufgrund der Kreisumlagerhöhung der Gesamthaushalt abgelehnt werde. Bitten möchte er die Verwaltung, eine Abstimmung im Kreistag zu ermöglichen, die nur die Kreisumlagerhöhung betreffe.

<b>TOP 3    Konzept für die Botschafter des Landkreises Augsburg</b> <b>Vorlage: 09/0008</b>
---

Der Landkreis Augsburg beabsichtigt, zur Förderung der Identifikation der Landkreisbürger mit dem Landkreis im Rahmen der Wirtschaftsförderung ein neues ehrenamtliches Netzwerk - **Botschafter des Landkreises** - zu schaffen. Diese Botschafter sollen durch Imagewerbung die Wirtschafts-, Lebens- und Tourismusregion Landkreis Augsburg nach Innen und Außen repräsentieren. Über berufliche aber auch private Kontakte soll Werbung für die Heimat gemacht werden. Über dieses ehrenamtliche Bürgerengagement können Informationen weitergegeben, Vorurteile abgebaut und das Image des Landkreises gestärkt werden. Neben dem Innenmarketing, der Förderung der Identifikation der Menschen mit dem Landkreis, findet die Außenwirkung der Botschafter auf verschiedensten Ebenen und bei unterschiedlichsten Anlässen statt. Auf der politischen Ebene, als Unternehmer gegenüber Kunden, Partnern und Lieferanten, als Gastronom gegenüber Gästen und Kollegen, als Wissenschaftler vor Kollegen und Studenten, als Sportler gegenüber Sportkollegen und Sportinteressierten, etc.. Kurz gesagt: Menschen aus dem Landkreis Augsburg werben für den Landkreis Augsburg.

Das Instrument des Botschafters wird in verschiedenen Regionen bereits sehr erfolgreich praktiziert. Der Landkreis Cham hat dieses Netzwerk im Jahr 2000 ins Leben gerufen und hat mittlerweile rund 800 Bürgerinnen und Bürger offiziell zu Botschaftern ernannt. Im Landkreis Ostallgäu sind rund 260 Botschafter für die Werbung für den Wirtschaftsstandort und die Tourismusförderung aktiv. Über das Konzept des Landkreises Cham konnte sich der Kreistag im Rahmen der Informationsfahrt nach Cham am 18. und 19. Oktober 2008 informieren.

Es wird vorgeschlagen, bei der Auswahl der Botschafter sich nicht auf einige wenige Persönlichkeiten zu beschränken, sondern alle gesellschaftlichen Schichten zu beteiligen und damit allen engagierten Einwohnern des Landkreises die Möglichkeit bieten, sich als Botschafter zu betätigen und damit die Identifikation mit unserer Region zu steigern. Eine Entscheidung für diese Lösung bedeutet:

- Viele verschiedene Personen - vom Studenten bis zum älteren Mitbürger, vom Unternehmer bis zum Urlauber, vom Politiker bis zum Sportler - werben für den Landkreis
- Die Identifikation einer deutlich größeren Bevölkerungsschicht wird erzielt
- Es findet auf allen gesellschaftlichen Ebenen eine Innen- und Außenwirkung statt
- Die Auswahl der Botschafter muss nach bestimmten Regularien/Voraussetzungen erfolgen
- Die Kosten werden durch die potentiell größere Personenzahl voraussichtlich höher als bei der oben dargestellten Lösung ausfallen

Die Betreuung der Botschafter soll zentral durch den Landkreis erfolgen. Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Als äußeres Zeichen - persönliche Visitenkarten mit Namen und Landkreislogo
- Periodische (monatliche) Information über Infobriefe auf elektronischem Wege
- Jährliche Botschaftertreffen mit Programm
- Infofahrten innerhalb des Landkreises
- Ein fester Ansprechpartner, damit neue Kontakte/Gesprächspartner/Interessenten zentral beim Landkreis zusammenkommen

Für den Fall einer Einführung dieses Netzwerkes wird vorgeschlagen:

- Der/die potentielle Botschafter/in muss volljährig sein, ihren Wohnort oder Ihren Arbeitsplatz im Landkreis Augsburg haben und sich mit dem Landkreis Augsburg identifizieren

- Die Berufung ist an den Wohnort/Arbeitsplatz gebunden, sollte sich dieser aus dem Landkreis hinaus verändern, erlischt die Botschaftertätigkeit automatisch.
- Es werden nur natürliche Personen zu Botschaftern ernannt
  - Der Botschafter kann durch den Landrat oder die im Kreistag vertretenen Fraktionen vorgeschlagen werden oder sich auch selbst bewerben
  - Sollte eine Person vorgeschlagen werden, so hat der Vorschlagende die Einverständniserklärung dieser Person auf der Grundlage des Bewerbungsbogens (Anlage) gemeinsam mit dem Empfehlungsschreiben vorzulegen
  - Personen, die sich selbst bewerben, haben den Bewerbungsbogen ausgefüllt an das Landratsamt zu übermitteln
  - Die Entscheidung über die Bestellung zum Botschafter oder die Abberufung eines Botschafters trifft ein Gremium, das sich aus dem Landrat als Vorsitzenden, einem Vertreter jeder im Kreistag vertretenen Fraktion und dem o. g. festen Ansprechpartner aus der Verwaltung zusammensetzt. Die Benennung der Mitglieder sollte in der Ausschusssitzung am 26.01.2009 erfolgen.
  - Die formelle Ernennung wird durch eine Bestellsurkunde dokumentiert.
  - Die Botschafter werden auf der Internetseite des Landkreises genannt.

Es wird empfohlen, die ersten Botschafter im Rahmen der Ausstellungseröffnung „Bürgerstiftung Augsburg Land“ am 30.03.2009 zu ernennen. In diesem Zusammenhang wird jede Fraktion gebeten, bis zum **17.02.2009** bis zu zehn Personen als Botschafter vorzuschlagen. Die Einverständniserklärungen der potentiellen Botschafter sind dem Vorschlag beizufügen.

**Landrat Sailer** erläutert den Sachverhalt und bittet die Fraktionen bis zum 17.02.2009 bis zu zehn Personen als Botschafter vorzuschlagen. Von jeder Fraktion solle ein Mitglied benannt werde, was in diesem Gremium mitarbeite. Momentan werde davon ausgegangen, dass dies der Fraktionsvorsitzende sei. Falls dies wider Erwarten nicht der Fall sei, bittet er dies in den nächsten Tagen der Verwaltung mitzuteilen. Im Anschluss verliest er den Beschlussvorschlag, woraufhin ein einstimmiger Beschluss gefasst werde.

### Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, im Rahmen der Wirtschaftsförderungsaktivitäten und des ehrenamtlichen Bürgerengagements die Schaffung des neuen Netzwerkes – Botschafter des Landkreises Augsburg. Jeder engagierte Einwohner, Unternehmer oder Arbeitnehmer des Landkreises Augsburg hat die Möglichkeit, sich als Botschafter zu betätigen.

Der Kreisausschuss beruft folgende Mitglieder in das neu zu gründende Gremium:

- CSU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- FW-Fraktion
- Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- FDP-Fraktion

Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 17.02.2009 bis zu zehn Personen als Botschafter vorzuschlagen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0



**TOP 4    Schulen;  
          Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung –  
          Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben**

**Herr Seitz** erläutert die dieser Niederschrift beigefügte Dringliche Anordnung, welche zur Kenntnis genommen wurde.

**TOP 5    Verschiedenes**

keine Vorlagen vorhanden

**TOP 6    Wünsche und Anfragen**

keine vorhanden